



Presseinformation

Nr. 267/2006

Kiel, Montag, 18.09.2006

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

Kommunales/Verwaltungsstrukturreform

Günther Hildebrand: „Martin Kayenburg hat recht: Die auch von ihm erfundenen Verwaltungsregionen sind Irrsinn“

Zur „Skepsis“ des Landtagspräsidenten und ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, **Martin Kayenburg**, über den Sinn der von der Landesregierung (noch) geplanten Verwaltungsregionen, erklärte der kommunalpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Günther Hildebrand**:

„Der Landtagspräsident hat recht, wenn er behauptet, dass die Pläne für die Kommunalen Verwaltungsregionen eine nicht sinnvolle Kopfgeburt darstellen. Allerdings stammt diese Idee auch aus seinem eigenen Kopf. Es waren die Herren Carstensen, Kayenburg und Schlie, die in ihrem Konzept ‚gegen Bürokratie‘ am 27. Oktober 2003 ihre Idee der Verwaltungsregionen, damals noch unter dem Namen ‚Dienstleistungszentren‘ veröffentlicht haben“, sagte Hildebrand.

„Wir haben der Union bereits damals entgegengehalten, dass dies eine neue Verwaltungsebene mit zusätzlicher Bürokratie darstellt. Wenn die Union sich nun von dieser Schnappsidee wieder abwenden sollte, umso besser.

Allerdings muss sich die Union, die diese ‚Dienstleistungszentren‘ – alias Verwaltungsregionen – ja erst in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt hat, vorhalten lassen, dass sie mit dieser ‚Nummer‘ bereits eine Menge Arbeit, Kosten und Bürokratie verursacht hat. Ich nenne da nur die Arbeit der Projektgruppe für Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung im Finanzministerium, deren Ergebnisse – sollten die Verwaltungsregionen eingestampft werden – zu einem großen Teil für den Mülleimer produziert wurden. Gleiches gilt für diverse Gutachten zur Frage der künftigen Gremienbildung in den Verwaltungsregionen etc. Mit ein wenig normalem Menschenverstand und dem Ohr an der CDU-Parteibasis hätten das die Steuerzahler billiger haben können“, meinte Hildebrand.

„Von vier oder fünf Großkreisen halten wir nichts. Wir glauben nicht, dass Kreisverwaltungen, die dann eine erhebliche Fläche betreuen, noch ehrenamtlich – also in der Freizeit – von Kommunalpolitikern gesteuert und kontrolliert werden können“, so Hildebrand abschließend.